

Karola Hoffmann

Stärken und Schwächen in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich globale Nachhaltigkeit

Zusammenfassung

Die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen findet bislang nicht in strukturierter Art und Weise statt. Der Artikel beschäftigt sich mit Formen der Zusammenarbeit, Hindernissen wie auch Chancen. Er skizziert die Landschaft der globalen Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg.

Schlüsselworte: *Globale Nachhaltigkeit, Eine-Welt-Fachpromotorin Hochschulen, Kooperation Zivilgesellschaft-Hochschule*

Abstract

Collaboration between Civil Society Organisations and Higher Education Institutions does not take place in a structured way. The article focuses on existing cooperation, obstacles and opportunities. It outlines the landscape of global sustainability in the federal state of Baden-Württemberg.

Keywords: *Global Sustainability, One-World-Facilitator for the Higher Education Sector, Civil Society-University Cooperation*

Ausgangssituation

Als Eine-Welt-Fachpromotorin Hochschulen bin ich eine von neunzehn Promotorinnen und Promotoren in Baden-Württemberg (www.deab.de) und circa achtzig bundesweit. Das Eine-Welt-PromotorInnenprogramm wurde durch deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen initiiert und behandelt Themen wie Fairer Handel, Migration und Entwicklung, Klimawandel und vieles mehr. Während es für diese genannten Themengebiete mehrere Promotor/-innenstellen gibt, bin ich die einzige bundesweit, die mit Hochschulen arbeitet. Ich vermute den Grund darin, dass die Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen kaum selbstverständlich ist. Ich werde im Folgenden den Ist-Zustand der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen mit Fokus auf Baden-Württemberg beschreiben, dann zugunsten einer gestärkten Zusammenarbeit argumentieren sowie Hürden und Hemmnisse nennen.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg sind die Strukturen im Nachhaltigkeitsbereich vergleichsweise gut. Denn Nachhaltigkeit ist ein



Abb. 1: Logo des baden-württembergischen Eine-Welt-PromotorInnenprogramms
Quelle: agl/DEAB

Thema, das von der Politik, somit auch vom entsprechenden Wissenschaftsressort durchaus ernst genommen wird. So wurde etwa ein Bericht zur Wissenschaft für Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg erstellt (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg 2013). Die Verfasserinnen und Verfasser entwickelten sieben Empfehlungen für nachhaltiges Handeln an den Hochschulen des Landes. In Baden-Württemberg wird der Nachhaltigkeitsbereich auch durch zwei gut funktionierende und rege Hochschulnetzwerke gestärkt (www.rtwe.de/hne.html und www.bne-hochschulnetzwerk.de). Beide Netzwerke sind gegenüber Akteur/inn/en von außen relativ offen. Die Schaffung der Eine-Welt-Promotorinnenstelle für den Hochschulbereich mit einem explizit globalen Fokus ist unter anderem auch dem Wunsch der Landesregierung, genauso wie Vertreter/-innen aus der Zivilgesellschaft und Hochschulen zu verdanken.

Auf nichtstruktureller Ebene gibt es durchaus einige Beispiele für die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulakteur/inn/en. Diese sind in der Regel räumlich-zeitlich begrenzte Zusammenschlüsse, die auf spezifischen Interessen und der Fähigkeit und dem Willen zur Kooperation gründen. Solche gemeinsamen Aktivitäten sind aber weiterhin die Ausnahme für sowohl Hochschulakteure wie auch Nichtregierungsorganisationen. Ziemlich selbstverständlich praktiziert wird Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen von den vielseitigen studentischen Hochschulgruppen im Land. Es gibt zum einen dezentral organisierte zivilgesellschaftliche Organisationen, deren Lokalgruppen sich manchmal fast ausschließlich aus Studierenden einer Hochschule rekrutieren wie beispielsweise Viva con Agua. Zudem haben studentische Hochschulgruppen vielleicht weniger Berührungspunkte und Studierende bewegen sich in mehr gesellschaftlichen Sphären als Hochschulbeschäftigte. Sicher sind sie auch stärker auf Kooperationen angewiesen, da sie viel schlechter mit Ressourcen wie Geld und Arbeits-

kraft ausgestattet sind. So ist die Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Nichtregierungsorganisationen zu den gleichen Themen eher naheliegend. Allerdings funktioniert das augenscheinlich besser an den großen Hochschulstandorten wie Freiburg oder Heidelberg, wo auch entsprechend viele zivilgesellschaftliche Organisationen angesiedelt sind. Für fast alle bestehenden Initiativen kommt geringe Sichtbarkeit als Erschwernis hinzu. Sei es, weil die Akteure Expert/inn/en für die jeweiligen Inhalte sind, nicht jedoch für Öffentlichkeitsarbeit, weil der zusätzliche Aufwand die Beteiligten überfordert oder weil eine Außendarstellung zur Realisierung einfach nicht relevant erscheint, jedenfalls ist es eine Herausforderung, überhaupt Kenntnis von spannenden und vorbildlichen Projekten und Initiativen zu erlangen. Das hat mangelnde Vernetzung und Synergieeffekte zur Folge und wirkt einer Stärkung des Bereichs entgegen.

Deutschland

Um die bundesweite Landschaft im Überblick zu skizzieren, seien hier einige Ansätze genannt. Insgesamt ist ein erfreuliches Wachstum an Publikationen, Veranstaltungen und Zusammenschlüssen zu verzeichnen. Für eine wichtige Form der Zusammenarbeit, die ich unter dem Schlagwort Bürger/-innenwissenschaft zusammenfassen möchte, kann man die zwei Vertreter Uwe Schneidewind und Peter Finke nennen. Obwohl beide unterschiedliche Schwerpunkte vertreten, Schneidewind eher die Bürgeruniversität und Finke eher die Wissenschaft als Bürgerbewegung, wie zum Beispiel in einer Aufsatzreihe der Zeitschrift *duz* nachzulesen ist (Schneidewind 2013; Finke 2014), geht es beiden dennoch um größeren Austausch der Wissenschaft mit Bürgerinnen und Bürgern und eine Demokratisierung der Wissenschaft. Die Arbeiten von Schneidewind und Finke wie anderer Vertreter/-innen dieser Ansätze sind hilfreich und weisen eine Möglichkeit der Zusammenarbeit auf. Auch die Plattform Forschungswende (www.forschungswende.de) und Hochschulprojekte oder Strukturen, die explizit transdisziplinär arbeiten, setzen sich für Kooperationsformen mit zivilgesellschaftlichen Trägern ein. Ich möchte dabei Transdisziplinarität wie in der Definition von Bergmann u.a. (2005, S. 15) verstanden wissen:

„Transdisciplinary research takes up problems or questions from everyday life, in describing the resulting research questions and their treatment, draws on scientific fields and disciplines in a manner that is adequate to the problem (Differentiation) and, in addressing the questions, steps across disciplinary and field boundaries, draws on knowledge from practice that is necessary for the suitable treatment of the questions and establishes a relationship to practice that serves the development and implementation of actor-oriented strategies in a manner adequate to the problem, in the course of the project, ensures the compatibility of parts of the project and parts of the task, carries out the transdisciplinary integration of scientific knowledge, and thus connects the latter to knowledge from practice in a suitable manner (transdisciplinary Integration 1), in order to formulate, from this, new scientific knowledge or questions and/or practice-relevant strategies for action or solutions (transdisciplinary Integration 2) and to bring them into the discourses in the realm of practice and in science (Intervention)“.

Enttäuschend sowohl im Hinblick auf Nachhaltigkeit als auch eine Öffnung der Wissenschaft kommt das kürzlich

erschienene Positionspapier des Wissenschaftsrates daher (Wissenschaftsrat 2015). Es fehlen dem Dokument visionäre Ideen und zukunftssträchtige Strategien für die Gestaltung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Bei allen Ansätzen verschwimmt manchmal die Linie zwischen Bürger/inne/n und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Erstere sind Einzelindividuen, letztere sind juristische Personen/Vereinigungen oder weisen zumindest einen bestimmten Grad an Organisiertheit auf (Abels 2012, S. 1043).

Die erwähnten Beispiele sind stark am Konzept der Nachhaltigkeit und einer breiteren Beteiligungskultur orientiert. Der Nachhaltigkeitsbereich in Deutschland ist nach wie vor recht umweltlastig und behandelt auch globale Anliegen aus einer sehr deutschen Perspektive, so wird bei Themen der nachhaltigen Mobilität und Energie die ökologisch und menschenrechtlich wichtige Rohstofffrage vernachlässigt. Er ist aber auch in Teilen deutlich innovativer und besser aufgestellt als der entwicklungspolitische. Kooperationen zwischen Umwelt- und Naturschutzorganisationen und dem Hochschulbereich scheinen eher zu gelingen als dies für den entwicklungspolitischen Sektor und die globalen Fragestellungen der Nachhaltigkeit zutrifft. Besser funktionieren auch Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Es stellt sich also zum einen die Frage, warum das so ist und zum anderen was Organisationen des Globalen Lernens und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hiervon lernen können und müssen bzw. welche Spezifika sie in eine Kooperation einbringen.

Zusammenarbeit von Hochschulen mit Natur- und Umweltschutzorganisationen

Die teilweise bessere Zusammenarbeit von Hochschulen mit Natur- und Umweltschutzorganisationen könnte an den stabileren Strukturen dieser Organisationen liegen. Stabiler meint hier vor allem größer, jedoch mit allen daraus resultierenden Faktoren: mehr hauptamtliches, professionell geschultes Personal, dezentrale Strukturen, höhere Breitenwirkung, eine größere thematische Bandbreite. Entwicklungspolitische Organisationen dagegen sind häufig klein, haben viel mehr ehrenamtliches Personal und sind damit in ihrem Wirkungshorizont begrenzt. Die großen Organisationen der Entwicklungspolitik hingegen betreiben Informations- und Bildungsarbeit eher nebenher denn als Schwerpunkt ihrer Arbeit. Zudem sind Umwelt- und Naturschutz in Deutschland auch schon länger organisiert verankert als entwicklungspolitische Bildung. Die ersten Naturschutzvereine gründeten sich bereits Ende des 19. Jahrhunderts (Wikipedia 2015, Naturschutz), während die Entstehung entwicklungspolitischer Organisationen in den 1950/60er Jahren sowie kleinerer Organisationen in den 1990er Jahren verortet wird (Eberlei 2002, S. 23-24). Diese stabileren strukturellen Gegebenheiten machen Umwelt- und Naturschutzorganisationen als Kooperationspartner schlichtweg attraktiver als entwicklungspolitische.

Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft

Die Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind fast gar nicht mit der Ausgangslage in der Zivilgesellschaft vergleichbar. Die Durchführung gemeinsamer Projekte, betreute Studien- und Abschlussarbeiten, eine gleichzeitige Be-

schäftigung in beiden Bereichen, Stiftungsprofessuren, Service Learning und institutionalisierte Praktika sowie Sponsoring sind nur ein paar Bereiche, wo Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bestens funktionieren. Insbesondere für technische und naturwissenschaftliche Bereiche sind diese Kooperationen auch äußerst sinnvoll, etwa wenn es um tatsächliche Anwendung von Wissen in Betrieben geht oder eine medizinische Notwendigkeit nach mehr Forschung zu Medikamentenwirksamkeit. Aber ein sicher nicht unerhebliches Kriterium ist auch, dass hier jede Menge Geld im Spiel ist. Geld, das zivilgesellschaftliche Organisationen weder selbst mitbringen noch über die für sie zugänglichen Fördertöpfe akquirieren könnten. An manchen Stellen sind Wissenschafts-Wirtschafts-Projekte ziemlich kritisch zu bewerten. Die ansonsten hochgehaltene Autonomie der Wissenschaft spielt in bestimmten Formen der Auftragsforschung keine Rolle mehr (vgl. z.B. Kohlenberg/Musharbash 2013 oder Hockenos 2014). Verquickungen von Hochschulen und Wirtschaft finden jedoch nicht nur in hochdotierten Forschungsprojekten oder Stiftungsprofessuren statt. Lobbyverbände sichern sich auch über Hochschulgruppen eine Einflussnahme. So gibt es zum Beispiel den „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen“ (www.sicherheitspolitik.de) oder „enactus Deutschland“ (www.enactus.de). Diese sind aus entwicklungspolitischer Sicht besonders zwiespältig anzusehen, denn sie setzen sich vermeintlich für globale Nachhaltigkeitsfragen ein: im Fall vom Bundesverband Sicherheitspolitik sind das Fragen von Frieden und Sicherheit; im Fall von enactus werden weltweit gemeinnützige Projekte mit betriebswirtschaftlichen Methoden realisiert. Engagierte junge Menschen an den einzelnen Hochschulen werden hier mit Know-how und Fördermitteln über eine Zentrale unterstützt. Bei enactus werden beeindruckende Projekte durchgeführt, etwa eine Professionalisierung der Imkerei in Burkina Faso, um die Lebensgrundlage der ansässigen Landbevölkerung zu stabilisieren oder das Sammeln von fehlbedrucktem Papier, das in Zusammenarbeit mit einer Behindertenwerkstatt in Lüneburg zu Notizbüchern recycelt wird. Wenn man sich dann andererseits ansieht, dass Firmen wie RWE oder BAYER enactus sponsern und den Vorstand stellen, fällt ein Schatten auf gutgemeinte Projekte und enthusiastische Studierende. Denn die hier vereinten Unternehmen ignorieren Umwelt- und Sozialstandards in ihrem sonstigen Geschäftsbaren. Man kann ein whitewashing unterstellen, bei dem der gute Wille engagierter junger Menschen ausgenutzt wird.

Dem stehen erfolg- und einfallsreiche Kooperationen vor allem mit lokalen kleinen und mittelständischen Unternehmen entgegen, bei denen ein überzeugendes Engagement für globale Nachhaltigkeit stattfindet. Es bedarf also eines reflektierten Umgangs damit, welche Kooperationsformen adäquat sind. Kooperation sollte immer dort stattfinden, wo sie sinnvoll ist und ein Mehrwert für die beteiligten Akteure wie für die Gesamtgesellschaft zu erwarten ist. Das heißt auch, dass seriöse Grundlagenforschung im Elfenbeinturm an manchen Stellen die bessere Option sein kann. Insbesondere im (globalen) Nachhaltigkeitsbereich halte ich Zusammenarbeit jedoch für wichtig und sinnvoll. Nichtregierungsorganisationen, wie andere zivilgesellschaftliche Organisationen, weisen als Kooperationspartnerinnen in der Regel ein hohes Maß an Integrität auf, sind gerade weil sie kaum Marketing betreiben authentisch und

damit in ihrer Kommunikation und ihrem Handeln überzeugend (Transparency International 2015). Das steht meines Erachtens nicht im Widerspruch dazu, dass Nichtregierungsorganisationen natürlich auch Lobbying für ihre Themen betreiben. Ihre Strategien sind jedoch kohärenter als bei großen marktwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen in dem Sinne, dass diese Strategien die Leitstruktur und -politik darstellen und weniger Widersprüche offenbaren.

Warum sind Kooperationen wichtig?

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) fordert:

„Wissenschaft hat die Aufgabe, mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Visionen für eine klimaverträgliche Gesellschaft zu entwickeln, Entwicklungspfade zu beschreiben sowie nachhaltige technische und soziale Innovationen zu unterstützen. Durch Bildung sollte Problembewusstsein entwickelt und systemisches Denken erlernt werden, damit Menschen die Transformation partizipativ mitgestalten können“ (WBGU 2012, S. 1).

Gesamtgesellschaftliche Probleme müssen also auch auf und mit allen Ebenen dieser Gesellschaft gelöst werden. Da vor allem schon zu Forschung und Wissenschaft einiges geschrieben und gesagt wurde, möchte ich hier ein Augenmerk auf Studium und den Betrieb von Hochschulen richten. Wenn man nun die Hochschulbildung in den Blick nimmt, scheinen mir drei Aspekte zentral zu sein.

Zunächst haben Lernen und Bildung offensichtlich viel mit Lehren zu tun. Kompetente, zeitgemäße und unterhaltbare Lehre fördert effektives Lernen und Erinnern. Deshalb braucht es Dozierende mit einem globalen Horizont und entsprechenden didaktischen Fähigkeiten, damit Studierende globale Kompetenzen entwickeln können. Dies wird nachdrücklich auch von der United Nations Economic Commission for Europe gefordert:

„Particular attention should be paid to developing the Competences [of Education for Sustainable Development] among educators who work in higher education. Institutions of higher education play a crucial role in preparing future leaders and specialists in a variety of fields [...]. While respecting the contribution of academic freedom to knowledge generation, educators at this level should consider and seek to develop the [ESD] Competences“ (UNECE 2012, S. 10).

Für eine zeitgemäße Bildung zu globalen Fragestellungen können sehr gut außenstehende Praktiker/-innen einbezogen werden. Insbesondere im Globalen Lernen Tätige haben häufig ausgewiesene pädagogisch-didaktische Kompetenzen und verfügen über ein großes Methodenrepertoire, um entsprechende Inhalte jenseits von Vorlesung und Referat zu vermitteln.

Zweitens sollte informelles Lernen außerhalb akademischer Curricula für die persönliche wie professionelle Entwicklung nicht unterschätzt werden, wie hier von einer Alumna der Hochschule Offenburg lebendig geschildert wird:

„To study at the University Offenburg is a great opportunity for international students to study for their future careers; but this is not the only reason why it is worthwhile to study in one of the international programs of Offenburg: It is the experience of communicating with people from all over the

world which makes studying in one of these programs so special. It is a unique opportunity to get to know people from other countries, their lifestyle, traditions. At the end you will understand the meaning of the word 'world' in a completely different and much broader way“ (Svetlana Reichrudel, Russia, CME Alumna 2004).

Studierende brauchen Räume, um sich frei entfalten zu können, die über das reine Studium und die täglichen Verpflichtungen hinausgehen. Solche Räume bieten ehrenamtliches Engagement oder Service Learning. Denn Studierende können ihr Fachwissen besser anwenden, wenn sie inter- und transdisziplinär arbeiten und dadurch systemisches Denken üben. In Zusammenarbeit mit Praktiker/-innen können sie Wissen konkret anwenden und erfahren neue Blickwinkel auf das Erlernete.

Drittens sollen Studierende auf ihre zukünftige Berufstätigkeit vorbereitet werden. Eine Interviewstudie unter Führungskräften der Wirtschaft in Großbritannien ergab, dass Firmen meinen, junge Menschen hätten keine ausreichende globale Perspektive für ihre Tätigkeit.¹ Aus Sicht dieser Führungskräfte sollte Bildung die Fähigkeit zu globalem Denken und die Offenheit gegenüber verschiedenen Kulturen fördern und diese Fähigkeiten wurden wichtiger beurteilt als Abschlussnoten oder Studienfächer (Think Global / British Council 2011, S. 4-6). Auch wenn aus der Untersuchung klar wird, dass die Antworten der Firmen vor allem aus einer Angst herrühren, wirtschaftlich hinter die Schwellenländer zurückzufallen (Think Global / British Council 2011, S. 3), wird deutlich, dass ein Bedarf an globalen Kompetenzen in der Bildung besteht. Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fordert in Artikel 26 Ähnliches:

„(2) Education shall be directed to the full development of the human personality and to the strengthening of respect for human rights and fundamental freedoms. It shall promote understanding, tolerance and friendship among all nations, racial or religious groups, and shall further the activities of the United Nations for the maintenance of peace“ (UN o. J.).

Robert Tam zeigt auf, wie die Nichtbehandlung des Themas Menschenrechte im Jurastudium unverantwortliches oder unkluges Handeln von Jurist/inn/en in der Berufspraxis nach sich zieht:

„... a recent survey of nearly 300 students, trainees and qualified lawyers in some of London's premier law firms and schools show they understand very little of the legal barriers to equitable, global development. Although well versed in contracts, leases and constitutions, barely a handful knew the following: that no one can sue the World Bank or the IMF; that a foreign company could own the rain in a Bolivian town; or why multi-national pharmaceutical companies continually sue India for providing affordable, generic, life-saving medications. And less than 5 % knew there was a human right to developmen“ (Tam 2013, S. 1).

Die Hochschule muss besser auf die Berufstätigkeit in der globalisierten Welt vorbereiten. Denn im Gegensatz zu den weiter oben genannten Desideraten der Wirtschaft, handelt es sich bei den Menschenrechten um ein verbindliches Vertragswerk für die unterzeichnenden Staaten. Es ist also gesellschaftliche Pflicht, diese umzusetzen. Hochschulen müssen sich den komplexen internationalen Zusammenhängen des 21. Jahr-

hunderts stellen und dabei Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. So ist an den meisten Hochschulen trotz der größeren Internationalisierung und kulturellen Vielfalt immer noch struktureller Rassismus feststellbar, wie etwa die OrganisatorInnen des festival contre le racisme beklagen (Seiberl 2015, S. 21). In Deutschland gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Strukturen, die hier zu Reformen durch Beratung, Bildung und Capacity Building beitragen können (z.B. Bundesverband ausländischer Studierender www.bas-ev.de oder [ebasa www.ebasa.org](http://ebasa.org)).

Allgemein ist meine Erfahrung, dass hauptamtliche NRO-Mitarbeiter/innen tendenziell flexibler in der Ausrichtung ihrer Tätigkeit an aktuellen Erfordernissen sind und eine größere Bandbreite an Kontakten zu Akteur/inn/en aus anderen Bereichen haben. Dies ist sicher durch Notwendigkeiten geprägt auf der einen wie der anderen Seite. Hier ist wohl auch die geringere Größe und Struktur der developmentpolitischen Organisationen ein Vorteil. Genau deshalb sollten Hochschulen mit Nichtregierungsorganisationen kooperieren. Hochschulen können einen Impuls bekommen, stärker fach- und akteursübergreifend zu denken und zu handeln.

Eine gegenseitige Befruchtung, die auch den Betrieb der Hochschule integriert, könnte beispielsweise im fairen Beschaffungswesen stattfinden. Die Verwendung fair gehandelter Produkte sowie ein faires Beschaffungswesen sind umfassend in developmentpolitischen Organisationen verankert und gelebte Realität. Von einem solchen Standard sind Hochschulen meist weit entfernt. Hier ist es schon ein Erfolg, wenn es in der Cafeteria fair gehandelten Kaffee gibt oder man die EMAS-Zertifizierung erlangt. Verantwortliche an den Hochschulen könnten die von verschiedenen Organisationen angebotenen Schulungen und Trainings im Bereich Fairer Handel und Faire Beschaffung besuchen oder die Expertise dieser Organisationen anfragen. Andererseits könnten Hochschulen Vorreiterinnen sein, wenn es um die Ausweitung ökologisch-sozialer Kriterien auf neue Produkte geht. Warum wird nicht in größerem Maßstab zu der Produkt- und Lieferkette von Elektronikartikeln geforscht und Alternativen entwickelt? Hochschulen, die in ihrer Materialbeschaffung ganz andere Größenordnungen verzeichnen als Nichtregierungsorganisationen könnten zudem viel besseren Druck auf Hersteller ausüben. Hier können außerdem Forschung, Lehre und Betrieb innerhalb der Hochschule mitwirken, wodurch ein holistisches Institutenverständnis gefördert werden kann.

Hürden und Hemmnisse

Der Kooperation und der Implementierung von globalen Themen an Hochschulen stehen verschiedene Hindernisse im Weg. Meine Tätigkeit als Eine-Welt-Fachpromotorin Hochschulen bringt mich tagtäglich mit Akteurinnen und Akteuren ins Gespräch, die Beispiele guter Praxis vorleben trotz aller Hemmnisse. Hier wird engagiert und innovativ geforscht, gelehrt, gelernt und gehandelt. Tolle Ideen werden inter- und transdisziplinär entwickelt und umgesetzt. Zu konstatieren ist jedoch, dass visionäres Vorgehen an Einzelindividuen hängt.

Hochschulstrukturen erleichtern Kooperationen nicht. Konkurrenz um Fördermittel und Prestige stehen im Vordergrund und der Lebensalltag hält Akteurinnen und Akteure in ihrer Disziplin gefangen. So ist selbst interdisziplinäre Zusam-

menarbeit innerhalb von Hochschulen kein akademischer Alltag. Ganz zu schweigen von Initiativen, die die getrennten Sphären Dozierende, Studierende, Akademiker/-innen – Nichtakademiker/-innen durchbrechen würden. Es fehlt ein ganzheitlicher Blick:

„Das Problem ist eher, dass sich die Universitäten in den vergangenen Jahrhunderten sehr eng mit dem Erfolg der Industrialisierung und der kapitalistischen Wirtschaftsweise verbunden haben, indem sie etwa immer neue Entdeckungen und Anwendungen für die kapitalistische Industriegesellschaft bereitgestellt und dabei selbst immer mehr die Form (und neuerdings auch die Verwaltung und Steuerung) der Wirtschaft übernommen haben. Diese derzeit vorherrschende Form des Wirtschaftens, an der die Universitäten teilhaben, sichert jedoch, wie sich inzwischen herausstellt, nicht das Überleben auf dem Planeten Erde, jedenfalls nicht das Überleben aller, sondern allenfalls einer Minderheit von vielleicht einer Milliarde Menschen und einer immer kleiner werdenden Zahl von Tieren und Pflanzen. Müssten nicht die Hochschulen auch ihren Teil dazu beitragen; andere; alternative Wege des Lebens und des Sich-in-Beziehung-Setzens zur Umwelt als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage zu finden? Wenn es nicht so viele Enttäuschungen in der Hochschulgeschichte gegeben hätte, könnte man ganz euphorisch vielleicht sogar ergänzen: Wer (sic!), wenn nicht den Hochschulen könnte (oder müsste) dazu etwas einfallen?“ (Stolle 2015, S. 257-258).

Entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen haben eines mit Hochschulen gemein: einen ausgeprägten Sinn für die eigene Autonomie. In beiden Institutionen ist diese oft eher Ideal oder Feigenblatt als gelebte Realität. In Nichtregierungsorganisationen trägt dieser Autonomiegedanke manchmal dazu bei, Einflüsse von außen abzulehnen statt Nutzen aus aktueller Forschung zu ziehen und aktiv eigene Kenntnisse und Fähigkeiten mit der Hochschule vor Ort auszutauschen.

Für die Kooperation von Hochschulen und Zivilgesellschaft lassen sich unter anderem folgende Hürden ausmachen: Studierende sind begeisterungsfähiger für globale Themen als ältere Hochschulangehörige, haben aber weniger Chancen ihre Anliegen durchzusetzen als die Professor/-innenschaft. Das hängt mit hochschulinternen Machtstrukturen zusammen. Entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen in Deutschland weisen einen recht hohen Altersdurchschnitt auf, zumindest wenn man die ehrenamtlichen Strukturen betrachtet (ZiviZ 2013, S. 7). Dies schließt Kooperationen mit Studierenden nicht von vornherein aus, macht diese aber unwahrscheinlicher. Denn junge Menschen bewegen sich am liebsten in ihrer eigenen Altersgruppe. Außerdem unterscheiden sich Formen von Engagement, Arbeitstechniken und Themeninteressen je nach Alterszugehörigkeit.

Beide Institutionen funktionieren schlichtweg unterschiedlich. Hochschulen sind groß, Nichtregierungsorganisationen klein. Hochschulen haben eine Grundfinanzierung, Nichtregierungsorganisationen leben ausschließlich von Projektmitteln. Bei den Theoretiker/inne/n kommt die Praxis aus Zeitgründen zu kurz, bei den Praktiker/inne/n umgekehrt die Theorie.

Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteure braucht immer auch genügend Zeit und Raum. Bevor es über-

haupt um die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung geht, muss man verstehen, wie das Gegenüber eigentlich „tickt“: Wie funktioniert die Institution, die diese Person vertritt? Wie sind Arbeitsstrukturen organisiert, wie finanziert sich die Institution, welche Kompetenzen können eingebracht werden? Um gemeinsame Anliegen und Unterschiede zu klären, bedarf es darüber hinaus einer sprachlichen Verständigung. Hier muss abgetastet werden, ob das Gegenüber mit demselben Begriff dasselbe meint wie ich. So hat es durchaus schon zu gegenseitiger Überraschung geführt, dass in Nichtregierungsorganisationen in der Regel der Projektantrag inklusive Finanzantrag von demselben Mitarbeiter verfasst wird, der dann auch das Projekt sowohl inhaltlich als auch verwaltungstechnisch durchführt. Währenddessen die Professorin davon ausgeht, dass die Drittmittelabteilung an ihrer Hochschule sich um die finanzielle Projektabwicklung kümmert, von der Antragstellung, über die Implementierungsphase bis zum Berichtswesen. Das hat fundamentale Auswirkungen darauf, welche der eigenen Ressourcen für was eingesetzt werden können und müssen und welche Akteure insgesamt an einem Projekt beteiligt sind.

Hilfreich wäre für die globale Nachhaltigkeit eine größere Geberkohärenz. Die Mehrzahl der entwicklungspolitischen Fördertöpfe auf europäischer, Bundes- und Landesebene steht Hochschulangehörigen wie anderen nicht gewinnorientierten Institutionen offen. Umgekehrt ist dies nicht der Fall. Wichtig erscheint mir auch hier mehr Kooperation der Geldgeber, um transdisziplinäres Arbeiten in Projekten und Vorhaben zu erleichtern.

Bislang finden Kooperationen eher punktuell und kleinteilig statt und verlangen den Beteiligten ein enormes Maß an Zeit, Geduld, Toleranz und Enthusiasmus ab. Das kann sich nur ändern, wenn Zusammenarbeit alltäglicher wird und die Rahmenbedingungen, wie eine Harmonisierung von Fördermitteln, verbessert werden. Dabei könnten alle Beteiligten voneinander lernen und eine größere Professionalität in ihre eigenen Institutionen rückkoppeln.

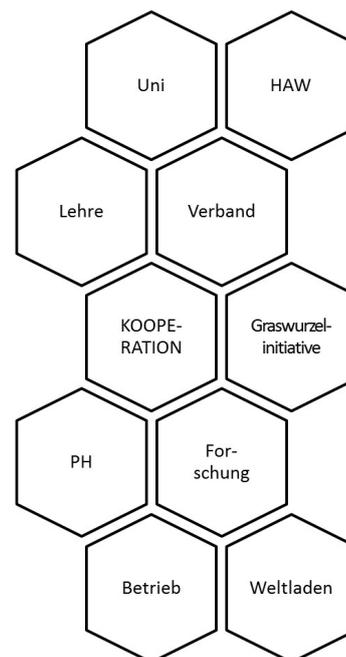


Abb. 2: Mögliche Akteurebenen für Kooperationen
Quelle: eigene Darstellung Karola Hoffmann

Anmerkung

1 Die Studie bezieht sich in erster Linie auf schulische Bildung.

Literatur

Abels, G. (2012): Zivilgesellschaft. In: Bergmann, J. (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden, S. 1043–1047.

Bergmann, M. u.a. (2005): Quality Criteria for Transdisciplinary Research. A Guide for the Formative Evaluation of Research Projects. Frankfurt am Main.

Eberlei, W. (2002): Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland. Euphorie, Ernüchterung, Erneuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 6–7, S. 23–28.

Finke, P. (2014): Der inkonsequente Reformier. In: duz Magazin 01/14 (veröffentlicht unter www.duz.de/duz-magazin/2014/01/der-inkonsequente-reformier/219, [14.01.2014]).

Hockenos, P. (2014): Exposing a Corporate Trend in Higher Education in Germany. In: New York Times, Feb. 9, 2014 (veröffentlicht unter <http://nyti.ms/1fPmX8>, [19.02.2014]).

Kohlenberg, K./Musharbash, Y. (2013): Die gekaufte Wissenschaft. In: Zeit Online Wissen, 01. August 2013 (veröffentlicht unter www.zeit.de/2013/32/gekauft-wissenschaft, [14.06.2015]).

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hg.) (2013): Wissenschaft für Nachhaltigkeit. Herausforderung und Chance für das baden-württembergische Wissenschaftssystem. Stuttgart.

Reichrudel, S. (2004): Alumni Statement (veröffentlicht unter www.hs-offenburg.de/international/internationales-alumni-netzwerk/meinungen/, [22.06.2015]).

Schneidewind, U. (2013): Plädoyer für eine Bürgeruniversität. In: duz Magazin 08/13 (veröffentlicht unter www.duz.de/duz-magazin/2013/08/plaedoyer-fuer-eine-buergeruniversitaet/206, [14.01.2014]).

Seiberl, N. (2015): Festival contre le racisme – Aktionswochen an Hochschulen gegen Rassismus und Diskriminierung. In: finep (Hrsg.): campusWELTEN. Globale Nachhaltigkeit an Hochschulen. Esslingen, S. 20–21.

Stolle, M. (2015): Universitäten und Hochschulen in Baden-Württemberg. Tradition – Vielfalt – Wandel. Stuttgart. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 41).

Tam, R. (2013): Why UK Legal Education is Falling Short in a Globalised World. (veröffentlicht unter The Guardian Higher Education Network Blog 2013 www.theguardian.com/higher-education-network/blog/2013/jul/03/legal-education-global-development-business, [14.05.2014]).

Think Global / British Council (Hg.) (2011): The Global Skills Gap. Preparing Young People for the New Global Economy. London.

Transparency International (Hg.) (2015): Zivilgesellschaft (veröffentlicht unter www.transparency.de/Zivilgesellschaft.1427.0.html, [20.06.2015]).

UN – United Nations (Hg.) (ohne Jahr): The Universal Declaration of Human Rights. (veröffentlicht unter www.un.org/en/documents/udhr/, [02.05.2014]).

UNECE – United Nations Economic Commission for Europe (Hg.) (2012): Learning for the Future. Competences in Education for Sustainable Development. Genf.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen (2012): Factsheet 5. Forschung und Bildung für die Transformation. Berlin.

Wikipedia (Hg.) (2015): Naturschutz (veröffentlicht unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Naturschutz>, [09.08.2015]).

Wissenschaftsrat (Hg.) (2015): Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier. Stuttgart.

ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen (Hg.) (2013): Freiwilligensurvey 2009: Bereichsauswertung „Entwicklungspolitisches Engagement“ (veröffentlicht unter Freiwilligensurvey 2009 Bereichsauswertung „Internationale Solidarität.“ www.ziviz.info/fileadmin/download/Sonderauswertung_FWS_BMZ.pdf, [27.06.2015]).

Karola Hoffmann

Magistra Artium der Ethnologie und Afrikanischen Philologie. Seit 2013 beim forum für internationale entwicklung + planung (finep) als Eine-Welt-Fachpromotorin Hochschulen tätig. Ziel der Stelle ist es, globale Nachhaltigkeit stärker in baden-württembergischen Hochschulen zu verankern und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen zu fördern.

Diese qualitativ-empirische Studie untersucht die Aneignungs- und Konstruktionsprozesse der Schülerinnen und Schüler im Unterricht zum Lernbereich Globale Entwicklung. Was und wie lernen Jugendliche also in unterschiedlichen Lehr-Lernarrangements? Es können insbesondere drei Herausforderungen identifiziert werden, mit denen Schülerinnen und Schüler konfrontiert sind, wenn sie sich mit globalen Themen im Unterricht beschäftigen. Der Umgang mit Nichtwissen, der Umgang mit Perspektivität und mit Handlungsaufforderungen sind die drei rekonstruierten Kompetenzbereiche, für die jeweils unterschiedliche Ausprägungen beobachtet werden konnten.



Lydia Kater-Wettstädt
Unterricht im Lernbereich
Globale Entwicklung
Der Kompetenzerwerb
und seine Bedingungen

Erziehungswissenschaft und Weltgesellschaft,
Band 8, 2015, 304 Seiten, br., 29,90 €,
ISBN 978-3-8309-3152-2
E-Book: 26,99 €, ISBN 978-3-8309-8152-7



WAXMANN